

Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll zu TOP 5, 7 A

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

79. Sitzung

23. September 2020

Beginn: 12.14 Uhr
Schluss: 19.04 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf

Punkt 5 der Tagesordnung

Bericht SenFin – I B 3 – vom 24.08.2020
**Holzbauschulen durch die HOWOGE und
Anhebung des Kreditplafonds der HOWOGE für
BSO-Maßnahmen**
(unaufgefordert vorgelegt)
(in der 78. Sitzung am 09.09.2020 von der Konsensliste
genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am
23.09.2020 gesetzt)

3089

Haupt

Gibt es Wortmeldungen? – Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! Zunächst: Wir möchten dazu ein Wortprotokoll.

Die HOWOGE plant, in diesem Bereich tätig zu werden. Dazu haben wir auch etwas über SIWA und SIWANA finanziert. Mich würde interessieren, ob man aktuell sagen kann, wie der konkrete Umsetzungsstand ist.

In der Vorlage wird gesagt, dass das Ganze – die Holzbauweise – für die HOWOGE eine zusätzliche Aufgabe darstelle. Da stellt sich natürlich die Frage, ob die HOWOGE, weil sie sich mit diesem Thema nun zu befassen hat, nicht generell das Thema Holzbau im Rahmen ihrer Bautätigkeit stärker in den Fokus rückt und das in ihrem Unternehmen etwas breiter etabliert. Wie ist da der aktuelle Sachstand?

Dann würde mich noch interessieren: Es wird auch von Kostensteigerungen ausgegangen, die daher röhren, dass man bestimmte nutzerspezifische Besonderheiten mit berücksichtigt. Da stellt sich, wenn man an Schulraumplanungen herangeht und sagt, wir machen hier was, die Frage: Wie kann es denn teurer werden, wenn hier jetzt nutzerspezifische Besonderheiten hinzukommen? Die müssten im Vorfeld doch eigentlich auch schon bekannt gewesen sein! Es ist ja nicht nachträglich eingeführt worden, dass wir für Ganztagsbetreuung, Inklusion und Ähnliches Räume in Schulen brauchen. Das hätte ich gerne noch mal erklärt.

Wie dann am Ende des Tages der Senat das einschätzt, was die weitere Finanzierung der hier geplanten und in Rede stehenden Maßnahmen anbetrifft – da werden wir ja möglicherweise in der weiteren Ausführung mit weiteren Kostensteigerungen rechnen müssen. Wie ist da jetzt der Kenntnisstand?

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Auf der Redeliste habe ich jetzt Frau Dr. Brinker – bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Wir reden bei der Vorlage ja über die Berliner Schulbauoffensive, die mal mit 5,5 Milliarden Euro angesetzt war, und die jetzt in der Kostenfrage, wenn ich die Vorlage richtig verstehe, offensichtlich bei dem Stand einer Verdopplung ist, also bei 11 Milliarden Euro. Wir haben schon frühzeitig angemahnt und immer gesagt, dass der Ursprungsansatz von 5,5 Milliarden Euro hinten und vorne nicht reicht, eigentlich unter der Maßgabe, dass, wie es in der Vorlage auch steht, bestimmte Kostengruppen gar nicht bzw. nur Teile von Kostengruppen berücksichtigt worden sind, dass das hinten und vorne nicht reichen wird. Jetzt kommt aber noch hinzu, dass die HOWOGE Schulen zusätzlich in Holzbauweise errichten soll. Da möchte ich um einen Folgebericht bitten: Was sind die zusätzlichen Kosten, mit denen kalkuliert wird? Ausgangspunkt sind die 5,5 Milliarden Euro, die wir ursprünglich schon mal angesetzt hatten. Welche Mehrkosten sind darauf zurückzuführen, dass entsprechende Kostengruppen logischerweise dazuaddiert werden mussten? Welche Mehrkosten sind entstanden oder entstehen dadurch, dass bestimmte Schultypen jetzt anders geplant werden? Welche Mehr- bzw. Folgekosten haben wir durch die Holzbauweise einiger zusätzlicher Schulen? Das ist nicht klar ersichtlich.

Sie schreiben auf Seite 2 der Vorlage, dass zum einen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein Holzschulbaukonzept entwickelt, zum anderen aber auch die HOWOGE, und dass die im Wettstreit miteinander sind. Macht das wirklich Sinn? Was ist dieser Entscheidung vorausgegangen? Wäre es nicht sinnvoller, das zentral zu machen, sodass man ein Modell hat, statt dass man mehrere, ich sage mal, Gruppen in Konkurrenz gegeneinander antreten lässt? Das erscheint mir zumindest auf Grundlage dieser Vorlage erst mal nicht nachvollziehbar. – Wie gesagt, ich bitte jeden Fall um einen Folgebericht, wie sich die Kostenstruktur, gerade speziell in der Berliner Schulbauoffensive, tatsächlich entwickelt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! Ich halte noch einmal fest, dass von der CDU-Fraktion ein Wortprotokoll beantragt wurde. – Jetzt hat Frau Meister das Wort, sodann Herr Otto.

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Irgendwie kriege ich den Eindruck: Das mit der Schulbauoffensive wird ein Prozess, der sich täglich selbst verkompliziert. Die Se-

natsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen hat Schulen in Holzmodulbauweise gebaut. Das können sie auch machen, ist gar nicht dumm – schön. Statt dass man jetzt noch eine und noch eine bauen lässt, baut jetzt auch die HOWOGE Schulen in Holzmodulbauweise. Warum, muss ich gestehen, erschließt sich mir auch nicht – das ist genau die Frage, die die Kollegin schon stellte. Das ist wie doppelt gemoppelt; das macht es nicht besser.

Dann haben wir festgestellt, dass wir für die Holzschule noch mal ein neues Konzept brauchen, und ändern wieder im laufenden Prozess die Verfahren, weil wir vorher festgestellt haben, dass die Schulen viel zu groß werden und auf die Flächen gar nicht passen, weil sie irre viel Bruttogeschoßfläche brauchen. Ich finde, das verkompliziert das Ganze, und das führt natürlich zu höheren Kosten. Schon heute wird hier reingeschrieben,, dass sich eine annähernde Verdoppelung der damals angenommenen Kosten ergibt – das ist ja völlig irre! – und der Kreditplafond der HOWOGE natürlich entsprechend angehoben werden muss. Also, ich halte das für ein wirklich schwieriges Verfahren und eigentlich nicht zielführend im Hinblick auf das, was ich mir zumindest unter der Schulbauoffensive vorgestellt habe – dass man in standardisierten Schritten sagt: Der eine macht das, der andere macht das –, und dann geht das auch irgendwo voran. Jetzt macht jeder alles. Das finde ich wenig überzeugend, und ich möchte auch wissen, warum.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Otto, sodann Herr Zillich!

Andreas Otto (GRÜNE): Vielen Dank! – Wir finden es erst einmal sehr gut, dass wir bei den Holzbauschulen darüber reden, dass möglichst viele davon gebaut werden. Das war bisher ja so modellhaft und nach dem Motto: Wir machen mal ein paar und versuchen es. – Darüber sind wir hinaus, und das ist sehr schön.

Wir freuen uns auch darüber, dass die HOWOGE jetzt auch Grundschulen bauen soll. Das unterscheidet sich zu dem, was die Vorrednerin gesagt hat: Wir finden es schon sehr gut, dass wir zwei Stellen haben, die Schulen bauen, sowohl Grundschulen als auch weiterführende Schulen. Da kann man nämlich vergleichen. Da haben wir unterschiedliche Schulen, und dann kann man gucken: Wer kann es besser? – So ein bisschen Wettbewerb, finde ich, ist eine gute Sache. Ich habe mich bei Frau Meister gewundert, dass sie das nicht so sieht. Also, das finden wir richtig, strukturell finden wir das richtig.

Ich würde gerne noch eine Frage an den Senat zur Motivation stellen: Ist das jetzt hauptsächlich finanziell motiviert, oder ist es auch eine Kapazitätsfrage, dass man sagt, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung schafft nicht so viel, deswegen geben wir der HOWOGE einen größeren Anteil? – Das ist meine erste Frage.

Die zweite Frage ergibt sich aus dem Inhalt der Vorlage. Wir haben uns als Koalition darauf verständigt, das Lern- und Teamhaus – hier wird das Compartiment genannt – zu bauen. In der Vorlage steht, es könnte Fälle geben, wo man das nicht schafft und dann vielleicht wieder eine Flurschule baut. Jetzt ist der bildungspolitische Ansatz der Koalition aber eigentlich der, dass wir von den Flurschulen wegwollen. Ich würde an dieser Stelle gerne wissen wollen: Sind das Ausnahmefälle, oder hat sich der Senat von diesem neuen System der Gestaltung von Schulbauten verabschiedet? Es wäre vielleicht sinnvoll, das noch mal zu erklären.

Die weitere Frage berührt das Thema der Drehscheiben. Wir haben der Presse entnommen, und es ist auch im Bildungsausschuss gesagt worden, dass die Drehscheiben in, ich glaube, Lichtenberg und Marzahn nicht mehr gebaut werden. Das hat zum Teil ja auch mit der HOWOGE zu tun. Hat man sich als Senat davon verabschiedet, oder sind das tatsächlich bezirkliche Entscheidungen?

Zu der Kostenverdoppelung, die von den Vorrednerrinnen angesprochen wurde: Ich lese die Vorlage so, dass das die Sanierungsfälle betrifft und nicht die Neubauten. Ich bitte diesbezüglich um Bestätigung, dass es die Sanierungsfälle betrifft, wo man bisher die Kostengruppen 300 und 400 gerechnet hat, dass man bei Neubauten aber keine Verdopplung der Kosten annimmt. Das würde mich andernfalls sehr wundern.

Eine weitere Frage: Zu den Modernisierungen, gemischt mit Instandsetzungen, was die HOWOGE machen sollte, diese großen Sanierungen bei den weiterführenden Schulen, gibt es, wenn man mit Schulleitern spricht, gerüchteweise so eine Stimmung: Das wird aus Kostengründen alles gestoppt und gestrichen, es werden keine Modernisierungen, Erweiterungen mehr passieren, weil wir als Land Berlin uns jetzt mehr auf den Neubau konzentrieren. – Dazu würde ich gerne eine Bestätigung haben, dass das nicht so ist.

Frau Vorsitzende! Wenn es möglich ist, würden wir als Bündnis 90/Die Grünen oder als Koalition darum bitten, dass wir die Ausschüsse Bildung und Stadtentwicklung bzw. Bau um eine Stellungnahme zu der Vorlage bitten. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Zillich, dann Frau Meister!

Steffen Zillich (LINKE): Erstens ist es bei der Vorlage tatsächlich nicht so wahnsinnig überraschend, dass es diese Nachfragen gibt, weil sehr viele Dinge angedeutet werden, will ich mal sagen. Zum Zweiten muss sich, glaube ich, niemand überrascht zeigen, dass die anfänglichen Kostenschätzungen dem Umfang nach im Neubau, aber auch dem Preis nach, aber auch gerade, was den Preis in der Sanierung betrifft, sehr vorläufige waren. Die Sachverhalte sind hier beschrieben, bestimmte Kostengruppen – das ist ja alles bekannt gewesen. Trotzdem war es richtig, das haben wir auch gesagt: Wir brauchten den Gebäudescan seinerzeit, um die Maßnahmen sortieren und clustern zu können nach der Frage: Wer ist in der Lage, was zu machen?

Aber klar, wir haben es ja angedeutet: Wir haben hier Situationen, die der Qualität nach, dem Umfang, der Zeit und am Ende natürlich auch dem Preis nach die einzelnen Maßnahmen beeinflussen. Dass man da in irgendeiner Form eine Neubestimmung wird vornehmen müssen, auch bei der Frage, was und wie viel die HOWOGE dem Umfang nach macht, ist, glaube ich, auch nicht überraschend. Warum macht die HOWOGE jetzt auch Holzbau? – Na, weil wir es brauchen! Das ist die ganz einfache Antwort darauf.

Weil wir diese Neubestimmung aber brauchen und dazu auch noch in einem Diskussionsprozess sind, sage ich jetzt mal zumindest für meine Fraktion, ich glaube aber, auch für die Koalition: Das, was in der Vorlage als Deckel für die Kreditaufnahme der HOWOGE beschrieben ist, steht für uns noch einer Bewertung aus, ob das ein Deckel sein kann, sondern es ist tatsächlich die Frage in einer Neubewertung nach dem, was die HOWOGE machen kann – das

muss natürlich darin eingehen –, aber auch nach dem, was notwendig ist; darüber werden wir über kurz oder lang noch mal zu einer Entscheidung kommen müssen.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Nur zwei kurze Sätze noch: Das klingt ja jetzt schon nach einem „atmenden“ Deckel; da sind wir mal gespannt, wie hoch der Topf noch wächst. Ich nehme gern den Hinweis von Herrn Otto auf und frage nach, ob geplant ist, wenn der Wettbewerbsgedanke schon Einzug gehalten hat, private Projektentwickler mit ins Boot zu holen, um damit eventuell Kosten zu sparen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! Jetzt bekommt die Finanzverwaltung Zeit und Gelegenheit, zu antworten. – Herr Staatssekretär Verrycken, bitte!

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin): Ich habe mir drei Seiten Notizen gemacht, ich hoffe, Sie können mir folgen. Falls ich irgendetwas vergessen haben sollte, bitte ich um Verzeihung, dann machen wir das vielleicht in der zweiten oder dritten Runde. – Zunächst zur Frage von Herrn Goiny. Da kann ich mich dem anschließen, was Kollege Otto gesagt hat: Ich glaube, dass es sehr gut ist, dass wir uns hier stark auch auf den Bereich Holzbau kapriziert haben. Ich kann mich noch daran erinnern, sowohl in der Rolle als Abgeordneter als auch in der Rolle als Staatssekretär, dass wir dazu immer wieder Diskussionen nach dem Motto geführt haben: Warum schafft Berlin das eigentlich nicht? – Bayern zum Beispiel, eigentlich jetzt nicht so mein Favoritenbundesland bei Beispielen, ist da offensichtlich wesentlich weiter gewesen. Warum schaffen wir das nicht? Deswegen bin ich schon sehr froh und glücklich, dass wir – insbesondere die Bildungsverwaltung, das muss man sagen, die Stadtentwicklungsverwaltung – es in den letzten Jahren in zahlreichen Gesprächen geschafft haben, an der Stelle auch zu gucken, was man da machen kann, um in dem Bereich voranzukommen.

Wir stellen fest, dass das Modell insgesamt ein tragfähiges Modell ist. Also, es ist nicht so, wie ursprünglich teilweise geunkt worden ist, dass wir hier vor einer unfassbaren Kostenexplosion stehen, nur weil wir gesagt haben, wir machen jetzt Holzbau, sondern dass wir auch festgestellt haben: Gerade wenn man es gut plant, kriegt man den Kostenfaktor im Bereich der Holzbauschulen so weit geregelt.

Der zweite Punkt, und deswegen bin ich glücklich, dass Herr Goiny gleich am Anfang um ein Wortprotokoll gebeten hat; ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns das immer wieder mal gegenseitig vorlesen, weil ich schon ein bisschen verwundert bin – das betrifft jetzt nicht Sie, Herr Goiny, aber generell so ein bisschen die Schwingung, die ich hier mitbekommen habe –, was die 5,5 Milliarden Euro betrifft. Ich kann mich sehr gut daran erinnern – und ich glaube, auch dazu gibt es Wortprotokolle; vielleicht sollten wir uns die auch einfach noch mal rauussuchen –, dass damals immer wieder insbesondere von der Senatsverwaltung für Bildung, da war Herr Rackles noch Staatssekretär, als die Bildungsoffensive mit der BSO gestartet worden ist, gesagt wurde: 5,5 Milliarden Euro – aber bitte mit Vorsicht genießen! – Genau das, was Frau Brinker zum Beispiel eben gesagt hat, ist völlig richtig, nämlich dass es sich von Anfang an um eine Grobschätzung gehandelt hat und wir gleichzeitig den Common Sense hatten zu sagen: Jawohl, wir müssen jetzt anfangen, was zu machen. Wir können nicht bis 2023 warten, dann haben wir tatsächlich wahrscheinlich komplett Kostenschätzungen, und dann fangen wir an zu bauen. In dem Bereich ist das nicht möglich. – Es war auch im Haupt-

ausschuss Common Sense, daran kann ich mich erinnern, dass gesagt worden ist, wir machen hier Ausnahmen. Wir machen Ausnahmen, damit das Thema tatsächlich vorankommt und wir nicht in der Situation sind, dass wir jetzt hier sitzen und sagen: Mensch, Senatsverwaltung für Bildung, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Finanzen, Bezirke – komplett versagt! Keine einzige Schule ist gebaut worden, weil die drei Jahre nur rumgerechnet haben. – Ich glaube, das ist noch mal ganz wichtig.

Es ist auch beispielsweise von Herrn Rackles immer wieder gesagt worden: Diese Zahl wirklich mit Vorsicht, mit äußerster Vorsicht genießen! – Insofern kann man daraus natürlich eine Skandalisierungsnummer machen und sagen: Mensch, das ist jetzt eine Verdopplung dessen, was wir uns ursprünglich mal vorgenommen haben, angesichts der ersten Berechnungen in bestimmten Bereichen. – Man kann aber auch sagen: Es ist so, wie es auch damals gesagt worden ist, dass diese Zahl an der Stelle, anders als bei vielen anderen Projekten, die wir auf den Weg gebracht haben, eine ganz andere Rolle gespielt hat. – Ich denke, dass wir uns noch mal vergegenwärtigen sollten, wie damals die Ausgangslage gewesen ist, als wir zu Recht gesagt haben: Wir machen die Schulbauoffensive.

Es ist gleichwohl richtig, das will ich gar nicht bestreiten für die Senatsverwaltung für Finanzen, für die anderen beiden Senatsverwaltungen und selbstverständlich auch für die zwölf Bezirke, dass wir genauso wie bei allen anderen Bereichen mit Kostensteigerungen zu rechnen haben. Das ist keine Überraschung. Es würde mich überraschen, wenn wir jetzt hier sitzen und sagen würden: Mensch, das ist eine Punktlandung! In dem Bereich können wir viel kostengünstiger produzieren und viel schneller bauen, als das in allen anderen Bereichen der Fall ist. – Wir haben doch immer wieder das Thema, auch in der letzten Wahlperiode, dass wir immer wieder sagen: Überall wird im Augenblick alles teurer. – Hier ist natürlich vor allen Dingen das Thema Baukostensteigerungen insgesamt adressiert. Das sind Faktoren, die wir zum Teil nicht beeinflussen können. Sicherlich gibt es welche, die wir beeinflussen können; das ist der Sinn und Zweck der politischen Diskussion, die im Hauptausschuss, im Bildungsausschuss und sonst wo, auch in den einzelnen Bezirken natürlich geführt wird. Es gibt aber bestimmte Dinge, die können wir im Augenblick schlichtweg nicht beeinflussen. Man kann nur hoffen, dass dieser Bauboom, was zumindest den Kostenfaktor betrifft, im Bereich Schule in den nächsten Jahren abnimmt. Gleichzeitig ist das natürlich schade, weil dann die Wirtschaft vermutlich entsprechende Schwierigkeiten anzeigen haben dürfte. Also, auch das ist ein zweischneidiges Schwert. – So, das ist, glaube ich, noch mal ganz wichtig als Grundvoraussetzung zu der Frage, wo wir uns eigentlich befinden und was wir erreicht haben. Dazu muss ich feststellen, dass wir in der Zeit eine ganze Menge auf die Reise gebracht haben, statt zu warten und zu rechnen.

Gleichwohl können wir natürlich versuchen, das, was Herr Goiny und auch Frau Kollegin Brinker gerade beantragt haben, aufzuschreiben, dementsprechend auch noch mal zu gucken: Wo liegen in den letzten Jahren vermutlich die Hauptkostentreibungsfaktoren, die dazu geführt haben, dass wir jetzt in der Situation sind, gucken zu müssen, wie wir bestimmte Maßnahmen in den nächsten Jahren in welcher Art und Weise auf die Reise bringen.

Damit bin ich beim dritten Punkt, den wir vielleicht auch noch mal miteinander diskutieren müssten, die Frage der Träger; das ist, glaube ich, das gewesen, was Frau Meister aufgegriffen hat – warum die HOWOGE und SenStadt an der Stelle gemeinsam aktiv sind. Das ist vor allen Dingen eine Entlastungssituation. Auch da gilt der Grundsatz, dass wir so schnell wie

möglich vorankommen wollen, insofern ist es wichtig, die Lasten biblischen Ausmaßes auf mehreren Schultern zu tragen – einer trage des anderen Last, heißt es da an einer bestimmten Stelle. Das gilt auch für den Schulbau, dass wir gucken müssen, dass wir – da sich die Kapazitäten, die wir im Augenblick haben, in vielfacher Hinsicht am Rande der Kapazitätsgrenzen befinden, um die Dinge so weit auf die Reise zu bringen – eine Entlastungssituation haben. Genauso haben wir es am Anfang der Schulbauoffensive miteinander beschlossen und strittig diskutiert: Ist es richtig, eine Wohnungsbaugesellschaft, in dem Fall die HOWOGE, mit reinzunehmen? – Ich habe zumindest im Augenblick nicht den Eindruck, dass das immer noch ein akutes Thema ist, aber ich kann mich stark daran erinnern, wie groß die Emotionen hier gewesen sind, mit entsprechenden Anhörungen, die wir gemacht haben, wo man den Eindruck hatte, das Abendland geht unter, wenn sich jetzt eine Wohnungsbaugesellschaft daran beteiligt. Ich glaube im Nachhinein, auch das war richtig, zu sagen: Jawohl, nicht nur SenStadt, SenBild und die zwölf Bezirke sind dafür verantwortlich, Finanzen selbstverständlich auch, sondern wir versuchen, noch einen Akteur zusätzlich einzubinden, der das aus meiner Sicht in den letzten Jahren wirklich ganz gut hinbekommen hat.

Dann gab es die Frage zu dem Thema Kapazitäten, Kapazitätsausstattung; das war, glaube ich, Kollege Otto, wo insbesondere die Frage lautete, inwieweit jetzt in irgendeiner Weise daran rumgeschraubt wird – so habe ich die Frage jedenfalls verstanden –, was hier politischer Common Sense gewesen ist, was in den nächsten Jahren in welcher Form auch immer – Stichwort: Compartiment, Compartiment Holzbau, Compartiment II usw. – realisiert wird. Ich habe das so verstanden, dass sich das nicht nur auf die Holzbauschulen bezieht, sondern generell gefragt wurde. Da müssen wir in der Tat miteinander schauen, dass es richtig ist zu gucken, dass all das, was gesetzlich vorgeschrieben worden ist – Stichwort: Inklusion –, abgedeckt werden muss. Das ist vollkommen klar. Dann gibt es verschiedene andere Dinge, die in der Stadtpolitik miteinander verabredet worden sind – da ist auch völlig klar, dass die eingehalten werden sollen. Wir müssen aber gleichzeitig, und das wäre der Appell an das Hohe Haus des Hauptausschusses, überlegen, inwieweit, wenn wir auf der einen Seite feststellen, dass wir hier eine Kostenentwicklung haben, zumindest in den paar Punkten, wo wir tatsächlich Möglichkeiten sehen, da irgendwie noch mal reinzugehen, zumindest überlegen – das ist kein Abschied, aber zumindest überlegen –, inwieweit bestimmte Maßnahmen, die in der letzten Zeit angedacht worden sind, so wirklich für alle Schulen richtig und notwendig sind, oder ob es nicht vielleicht in bestimmten Bereichen – zum Beispiel unter dem Aspekt einer zügigeren Realisierung, zum Beispiel unter dem Aspekt einer günstigeren Realisierung – auch noch mal Debatten geben sollte, was beispielsweise Flächenverbrauch und Ähnliches betrifft. Da bin ich zum Beispiel sehr glücklich, dass sich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bei der Frage Holzbauschulen bei der Flächenberechnung eben auch unter diesen beiden Aspekten angeschaut hat, was sinnvoll und richtig ist und sie nicht gesagt hat: Wir machen noch mal 10 Prozent oben drauf –, sondern versucht hat, in einem bestimmten Rahmen zu bleiben bzw. darunter zu bleiben. Ich glaube, das ist ein richtiger Ansatz, und wenn Sie die Frage meinen, sind wir als Senatsverwaltung für Finanzen voll dafür und unterstützen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung an der Stelle ausdrücklich.

Zu den entsprechenden Situationen, was die Drehscheiben angeht – Lichtenberg und Marzahn sind genannt worden –, kann ich nur sagen, dass ich zumindest keinen generellen Abschied von einer bestimmten Drehscheibenregelung im Senat kenne. Ich würde aber fast bitten, weil wir das Thema heute ja häufiger auf der Tagesordnung haben, dass wir das noch mal ein zweites Mal aufrufen, wenn die Senatsverwaltung für Bildung zum Thema Schulplatzent-

wicklung nachher da ist; dazu gibt es ja auch einen längeren Tagesordnungspunkt. Die wird das aus fachlicher Sicht sicherlich besser beantworten können als ich das als bescheidener Haushälter hier vorne kann.

Zur Frage der Berechnung der Kostenverdopplung – das ist die gerade angesprochene Seite 2, ob sich die Verdopplung auf die Sanierungskosten oder auf die Neubaukosten bezieht – kann ich Ihnen sagen, dass sich das, was die Vorlage betrifft, auf die Sanierungskosten bezieht, wir aber selbstverständlich, das war ja eben mein Eingangsstatement, auch im Bereich des Neubaus erhebliche Kostensteigerung haben. In den beiden Absätzen – der drittletzte und viertletzte Absatz, die beziehen sich aufeinander –, nach denen gerade gefragt wurde, geht es in der Tat um das Thema Sanierung.

Dann habe ich hier noch das Stichwort Erweiterung private Akteure; das war der letzte Punkt, den ich notiert hatte. Wir von der Senatsverwaltung für Finanzen sind da generell offen, dass man natürlich auch gucken kann, dass man in einem sinnvollen Modell, das sage ich ganz bewusst, insbesondere im Primarbereich, im Grundschulbereich durchaus Überlegungen anstellen kann, dass da, wo es sinnvoll und richtig ist, vielleicht auch geguckt werden kann, dass man eine entsprechende Situation hat, wo man in eine Kooperation miteinander kommt. Das ist etwas, was insbesondere die Senatsverwaltung für Bildung im Augenblick sehr stark diskutiert, zu gucken, ob es bestimmte Bereiche gibt, wo das sinnvoll ist. Im Augenblick habe ich zumindest keinen konkreten Fall, wo wir sagen könnten: Das ist es jetzt auf jeden Fall, genau hier müssen wir starten. – Ich glaube, im Augenblick befinden wir uns in der Situation, dass die Senatsverwaltung für Finanzen, anders als vor drei, vier Jahren, da ein Stück weit offener geworden ist. Vor drei, vier Jahren haben wir ein klares Veto abgegeben, was das betrifft. Aber, kurz gesagt: An uns soll es nicht scheitern, wenn es eine Situation gibt, dass man eine Grundstücksentwicklung in irgendeiner Art und Weise an der Stelle miteinander vorantreibt.

Gleichwohl, auch da gilt – SenFin ist natürlich immer da, um schlechte Laune zu machen –, dass man an der Stelle um bestimmte Dinge nicht herumkommen wird. Nehmen wir an, man würde einen privaten Investor haben, der analog bei Kitas oder so sagt: Ich baue jetzt hier noch eine Schule mit –, dann wird man mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht an vertraglichen Konstruktionen vorbeikommen, die sicherstellen müssen, dass wir am Ende nicht Neese sind, weil irgendetwas nicht definiert worden ist, was letztlich so wesentlich ist, dass wir damit nicht klarkommen. Wir werden mit Sicherheit auch eine Ausschreibungssituation haben. Also, einfach so bestimmte Dinge vergeben, dürfte schwierig werden. Wir werden, auch das ist wesentlich, anders als bei den derzeit sich eingestellten Geschichten vermutlich eine Situation haben, dass ein Investor auf einen Betrag X zu einer bestimmten Zeit pochen wird. Im Augenblick leben wir ja davon, dass wir auch die Möglichkeit haben, die entsprechenden Schulbaumaßnahmen jahresscheibentechnisch aufzustellen. Wir wissen relativ genau: In den nächsten Jahren wird soundso viel Geld für folgende Schule ausgegeben, bis sie irgendwann in drei, vier Jahren fertig ist. – Ob das mit einem privaten Investor jedes Mal auch so möglich sein sollte, kann ich jetzt nicht abschätzen. Insofern: Wir haben das Geld nur einmal zur Verfügung, egal, ob es jetzt für eine privat gebaute Schule ist, die sozusagen zusätzlich kommt, plus die ganzen staatlichen Schulen, die wir jetzt aufs Feld geführt haben, oder eben nur die staatlichen Schulen als solche, wie wir sie im Augenblick auch planen. Mehr Geld haben wir nicht im Topf, und dass jetzt ein Investor ohne Wenn und Aber sagt: Ich mache euch die kostenlos –, das würde mich sehr wundern. Das wäre zwar sehr wünschenswert,

würde uns erheblich entlasten, doch wird auch er natürlich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein Ziel verfolgen. Es ist völlig normal und richtig, in einer entsprechenden Situation am Ende auch einen Gewinn zu machen, insofern muss man zum Abschluss dieses Diskussionspunktes auch überlegen: Lohnt sich das für das Land Berlin, erstens zeitlich, zweitens finanziell? Drittens ist das, das habe ich gerade darzustellen versucht, mit entsprechenden rechtlichen Prüfungssituationen verbunden, die generell auch noch mal anschaut werden müssen, dass da am Ende nichts anbrennt und wir zusammensitzen und feststellen: Das ist ziemlich in die Hose gegangen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich habe Wortmeldungen für eine weitere Runde; zunächst Herr Goiny, dann Frau Meister. – Bitte!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für die ausführliche Schilderung zu dem vorliegenden Sachverhalt! Ich würde Ihren Rückblick an die Anfänge der Geschichte gerne um ein paar Erinnerungen aus meiner Wahrnehmung ergänzen. Staatssekretär Rackles hat uns damals mit Gebäudescans von Berliner Schulen in Diskussionen verwickelt, die wir damals schon für sehr oberflächlich gehalten haben, weil das sehr pauschalierte Annahmen waren, die aus unserer Sicht wenig zu einer praktischen Verwertbarkeit beigetragen haben. Insofern führten wir mit ihm damals diese Diskussion. Die Notwendigkeit eines dringenden und umfassenden Schulraumsanierungsprogramms ist eigentlich, zumindest von uns, nie in Frage gestellt worden. Wir haben damals über die Frage diskutiert: Wie machen wir das? – Wir waren der Meinung, dass das eigentlich eine Aufgabe ist, die in den Haushalt gehört. Allen war klar: Das ist eine Riesenaufgabe. Wie finanziert man das? – Dann kam die Überlegung: Na ja, wenn wir das so machen, dann wird es vielleicht effizienter und preisgünstiger, es geht vielleicht auch schneller. – Wenn wir uns die Sache heute angucken, muss man sich vielleicht von der einen oder anderen Erwartungshaltung vorsichtig verabschieden: Schneller? – Wollen wir mal sehen. Preiswerter scheint es nicht zu sein.

Was mich allerdings ein bisschen auf den Plan ruft, sind so Dinge: Dass wir im Laufe der Jahre Baukostensteigerungen haben, ist ein alter Hut. Wir haben immer wieder darüber diskutiert; das hat uns hier gemeinsam genervt, dass wir über manche Argumentationen und Begründungen für Baukostensteigerungen immer gestolpert sind. Das kriegt jeder, der ein paar Monate Mitglied im Hauptausschuss und nicht nur physisch anwesend ist, relativ schnell mit. Deswegen eben mein Punkt: Wenn es jetzt auch bei der HOWOGE bei Planungen auf einmal ein überraschender Kostensteigerungsfaktor ist, dass man zum Beispiel Räume für einen Ganztagsbetrieb und für Inklusionen haben muss, dann stellt man sich schon die Frage, wie da geplant wird. Und dieser vermeintliche Vorteil: Die machen das alles besser und schneller, und da passieren solche Planungsfehler nicht –, das ist der Punkt, der uns umtreibt. Das hat ja mit normalen Baukostensteigerungen – weil Lohnerhöhungen stattfanden, Betriebskosten, Strom, Diesel oder sonst was teurer geworden ist – gar nichts zu tun. Da würde ich jetzt den Finger in die Wunde legen und sagen, wir müssen uns damit beschäftigen, dass sich an der Stelle durch eine Wohnungsbaugesellschaft nicht dieselben Fehler im Planungsprozess einschleichen wie wir sie seit Jahren bei staatlichen Baumaßnahmen beklagen. Das ist der Punkt, der mich umtreibt.

In der Sache finde ich persönlich es super, wenn wir Holzbau machen, deswegen vorhin auch meine zaghafte Frage: Warum ist das bei der HOWOGE noch so neu? Warum bauen die nicht an sich viel mehr in Holzbau, also auch Wohnungen und anderes, was sie errichten? Da braucht man ja nicht nur nach Bayern zu gucken, was eigentlich meistens sehr gut ist, sondern man kann auch in vielen anderen Ländern Europas oder in den USA sehen, wo sie selbst Hochhäuser so bauen, dass man mit der Holzbauweise viel machen kann. Wenn wir das in Berlin viel schneller und intensiver vorangebracht hätten und der Senat es nicht zusammen mit dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg kaputt gemacht hätte, dann hätten wir am Eckwerk am Holzmarkt auch schon Holzhäuser stehen und schöne Referenzprojekte, mit denen die Stadt zeigen könnte, wie das geht.

Ich empfinde es insofern immer als eine Diskrepanz zwischen dem, was man auf der einen Seite politisch fordert, und dem, wie es am anderen Ende in der Umsetzung begleitet und befördert wird. Da sehe ich bei dem Thema, das wir gerade diskutieren, auch schon wieder ein bisschen die Gefahr auftauchen, dass wir in die gleichen Muster verfallen, wie wir sie in der Vergangenheit im Grunde genommen auch bei staatlichen Baumaßnahmen hatten. Das war ja nun nicht so richtig die Übung, die wir hier gemeinsam praktizieren wollten. Am Ende haben wir eine höhere Kreditfinanzierung, wenn der 2-Milliarden-Plafond nicht der endgültige Deckel ist, was ich auch fürchte. Dann stellt sich aber natürlich die Befürchtung, die wir immer schon formuliert hatten, dass wir hier beachtliche Schattenhaushalte aufbauen, weil man eine eigentlich staatliche Aufgabe zu einer Wohnungsbaugesellschaft ausgelagert hat und es am Ende des Gleichen in Grün ist, nur dass wir es jetzt von vornherein über den Kreditmarkt zusätzlich bedienen. Da kommen wir wieder zu einer finanzpolitischen Diskussion, die man jetzt nicht zu Ende führen muss. In dieser Vorlage ist es eine gute Gelegenheit, zumindest mal darauf hinzuweisen, dass die Entwicklung wieder altbekannte Probleme zutage fördert.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Vielen Dank! – Ich habe die Vorlage ganz ähnlich verstanden wie Herr Goiny, insofern habe ich mich noch mal gemeldet, weil ich denke, dass wir uns bei drei Dingen schon noch mal ein Stück weit ehrlich machen sollten. Auf der letzten Seite heißt es, dass die HOWOGE diesen Kreditplafond kriegt unter der Voraussetzung, dass bei der Sanierung auch Kapazitätserweiterungen vorzunehmen sind, dass die geschätzten Neubaukosten – und da geht es nicht um die Sanierungskosten – deutlich unter den tatsächlichen Neubaukosten liegen; die Neubaukosten sind ja nicht so stark angestiegen wie die Kosten im Bereich der Sanierung, wo dieser Gebäudescan ganz offensichtlich in keiner Positionierung belastbar war. Unter Punkt 4 heißt es, dass die Neubauschulen in etlichen Fällen heute größer ausfallen. Das kann man ja alles machen, das will keiner in Abrede stellen. Es diskutiert auch kein Mensch darüber, ob es richtig oder falsch ist; das finde ich auch ganz wunderbar. Vielmehr geht es genau um das, was Herr Goiny gerade ausgeführt hat: Wir gehen bei dem ganzen Verfahren doch wieder spazieren. In einem halben Jahr hat wieder jemand eine Idee, wir könnten es noch mal so oder anders oder hier machen, und jede Bedarfsänderung verteuert. Das ist doch genau die Gefahr! Die liegt nicht darin, dass wir möglichst viele Schulen bauen wollen; das stellt kein Mensch in Abrede, sondern es gibt die Gefahr und die schlechte Erfahrung damit, was passiert, wenn man permanent Bedarfsänderungen durchführt und dann erzählt, das liege nur daran, dass die Baukosten so gestiegen seien. Also, bei aller Wertschätzung: Ich fand, das war jetzt ein bisschen kurzgesprungen.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Dr. Brinker, dann Herr Zillich!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Erst einmal bin ich auf den schriftlichen Bericht gespannt, den wir bekommen werden, mit einer Trennung der Gründe der Kostensteigerungen, also einerseits, wenn jetzt mehr Kostengruppen berücksichtigt werden, zum anderen Schularten anders berücksichtigt werden und zum Dritten die Holzbauweise berücksichtigt wird. Das Einzige, was aus unserer Sicht äußerst schwierig erscheint, ist: Warum hat man das Thema Holzbauweise nicht schon viel früher angedacht und berücksichtigt? Ich meine, die Holzbauweise ist ein Thema, das, ich würde sagen, schon seit Jahrzehnten eins ist. Dass man das jetzt integriert, finde ich gut, das ist richtig, auf jeden Fall. In einem laufenden Prozess ist es aber immer wieder schwierig, und das ist im Prinzip auch ähnlich zu dem, was die Kollegin

gerade gesagt hat: Wir haben ja gesehen, was es bedeutet, in laufende Bauprojekte mit Änderungen einzugreifen. Das beste Beispiel ist der BER. Da wissen wir, zu welchen Katastrophen permanente nachträgliche Änderungen führen. Es ist die Gefahr gegeben, dass man zum einen ein Stück weit den Überblick verliert und man zum anderen wirklich wichtige Fragen nicht ausreichend berücksichtigt, wie zum Beispiel – und das ist eine Frage, die ich im Nachgang noch stellen möchte, die gerne auch in den schriftlichen Bericht mit zu berücksichtigen ist –: Wie ist es im gesamten Projekt Schulbauoffensive – werden da auch die Fragen der Digitalisierung der Schulen, die Verlegung der Breitbandkabel in den einzelnen Bezirken, die ja notwendig ist, mit abgedeckt und berücksichtigt? – Ich gehe mal davon aus, denn gerade in Anbetracht der Schulschließungen, die wir hatten, ist das ein aktuelles Thema und muss aus meiner Sicht zwingend berücksichtigt werden. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir das in der Berliner Schulbauoffensive berücksichtigt hatten; da bitte ich noch mal um ein Update. Im Zweifel reicht es mir, das im Bericht aufzuführen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Es war jetzt schon bemerkenswert, Frau Dr. Brinker, wie Sie einerseits vehement sagen: Man kann doch nicht ständig die Anforderungen ändern –, und Sie dann in Ihrem letzten Beitrag sagen: aber hier müssen wir es doch! – Natürlich stehen wir in gewisser Weise tatsächlich vor diesem Dilemma, das ist gar nicht zu leugnen. Wir sind in der Situation, aber was wir jetzt gerade machen, ist so ein bisschen Schattenboxen, ehrlich gesagt. Also noch mal: Der Gebäudescan liefert keine verlässlichen Angaben darüber, wie teuer eine Sanierung ist, sondern er liefert eine Angabe darüber, wie Sanierungsfälle zu sortieren sind, nichts anderes. Weil man aber keine anderen Zahlen hatte, hat man das trotzdem zu einer Volumensbestimmung genommen; das wurde ja auch ständig gefragt. Aber nein, das ist keine vernünftige Kostenschätzung. Das haben wir auch nicht erst jetzt herausgefunden, das wissen wir schon lange. Das ist nicht überraschend, sondern das ist folgerichtig. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Hier wird nicht dem Grunde nach ständig umgeplant, vielmehr haben sich im Wege der Entwicklung der Schulbausanierung die fachlichen, also die bildungs- und die baulichen Standards verändert, weil andere Anforderungen an Schulen gemacht worden sind und sich Klimaschutzanforderungen usw. verändert. Das ist nun kein ständiges Umplanen im Bauprozess, sondern in der Regel sind wir hier noch beim Planungsprozess. Wir bauen ja auch ständig Schulen, wo wir die Anforderungen nicht ändern, sondern wo sie nach dem jeweiligen Stand, nach dem sie geplant worden sind, gebaut werden.

Nun müssen wir uns bei einer oder anderen Schule zum Teil vielleicht entscheiden, ob wir jetzt eine Sanierung – nach welchem Raumprogramm eigentlich – machen, also mit Ausweitung des Raumstandards oder ohne Ausweitung des Raumstandards. Das ist eine Frage, die an dieser Stelle ansteht, die aber mit einem Hin und Her während des Bauprozesses erst einmal nichts zu tun hat. Ich will gar nicht abstreiten, dass wir die üblichen Probleme des Kostencontrollings, die wir bei Baumaßnahmen haben, möglicherweise auch haben in einer anderen Art und Weise – Klammer auf: Wo es standardisiert erfolgen kann, soll es bitte auch standardisiert erfolgen; das erwarte ich, dass das stattfindet, im Übrigen auch bauträgerübergreifend, weil wir jede Möglichkeit, sinnvoll Kosten zu sparen, natürlich auch nutzen müssen. Also diese normalen Fragen des Kostencontrollings haben wir, aber die muss man jetzt nicht mit diesen anderen, relativ berechenbaren Geschichten vermischen, wo wir uns einfach in einer anderen Entwicklung befinden.

Natürlich ist es auch so, dass sich seit Beginn der Schulbauoffensive die Beurteilung des notwendigen Platzbedarfs verändert hat. Das konnte jeder nachlesen. Wir mussten da nachsteuern, weil wir inzwischen mehr Schülerinnen und Schüler erwarten. Und natürlich hat das Auswirkungen auf die Frage, wann was saniert werden kann, denn bei einer Sanierung fallen erst einmal Schulplätze weg. Natürlich muss man das in dieser Art und Weise jetzt nachsteuern. Insofern ist das alles überhaupt nicht überraschend und muss auch immer stattfinden. Das Problem, vor dem wir jetzt nur stehen: Wir müssen es so machen, dass es auch eine gewisse Transparenz hat.

Ein Punkt noch: Wir haben die HOWOGE nicht eingeschaltet, weil wir der Auffassung waren, die können es besser und schneller, wir haben sie vielmehr eingeschaltet, weil wir gesagt haben: Wir brauchen deren zusätzliche Kapazität, was Bau, was Planung, was Finanzierung betrifft. Das war der Grund, weshalb wir es gemacht haben. Wenn wir bei der Gelegenheit herauskriegen, wer es schneller und besser macht, dann ist das eine schöne Sache, aber das war nicht die Illusion, die wir damit verbreitet haben, und das ist jetzt auch gar nicht der Punkt, im Gegenteil: Wir wollten es nach den gleichen Standards machen, auch zwischen HOWOGE und öffentlicher Hand.

Jetzt nur noch mal ein Wort, auch, weil wir ein Wortprotokoll haben, zu den Überlegungen bzw. zur Offenheit der Finanzverwaltung bei bestimmten Überlegungen: Ich bin mir ganz sicher, dass die Finanzverwaltung streng nach dem Haushaltsgesetz vorgeht, was da ja einen Rahmen setzt.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay, keine weiteren Wortmeldungen. – Herr Staatssekretär Verrycken, bitte sehr!

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin): Das freut mich außerordentlich, ein sehr schöner Abschluss, zumindest der bisherigen Diskussion. Das kann ich bestätigen, dass wir natürlich stets und in der Tat darauf bedacht sind, genau das umzusetzen, was Herr Abg. Steffen Zillich gerade völlig zu Recht eingefordert hat.

Das führt mich dazu, noch mal drei Punkte aufzugreifen. Die wesentlichsten hat Herr Zillich gerade schon auch sozusagen aus meiner Sicht beantwortet, gleichwohl sind noch drei Punkte offen. Das Erste ist der Punkt, den Herr Goiny gerade noch mal gebracht hat – mit den Schattenhaushalten. Da bitte ich noch mal außerordentlich auf das zu achten, was wir im Augenblick miteinander kommunizieren, was der Sinn und Zweck der Übung gewesen ist. Deswegen ist es wichtig gewesen, dass Herr Zillich nach mir noch mal darauf hingewiesen hat, dass wir hier einen Common Sense hatten zu sagen: Es geht darum, jetzt so schnell wie möglich in die Puschen zu kommen und die entsprechenden Schulen zu bauen, weil wir uns, egal, in welcher Partei wir uns befinden, sicher sind, dass draußen keiner Verständnis haben dürfte, dass wir erst im Jahr 2023 oder 2024 – mit extrem validen Zahlen sicherlich – starten. Ich glaube, da hätten wir uns in der Öffentlichkeit lächerlich gemacht, insofern ging es an der Stelle auch nicht darum, irgendwelche Tricks mit Schattenhaushalten usw. anzustellen, sondern so, wie Herr Zillich es gerade gesagt hat, um das, was ich mit den biblischen Worten dargestellt habe, dass wir versuchen, verschiedene Lasten auf verschiedene Schultern gleichmäßig zu verteilen und jeder nach seinen Fähigkeiten versucht, von den Strukturen her Schwerpunktsetzungen zu

schaffen. Ich glaube, dass das im Grundsatz richtig gewesen ist und wir diesen Weg miteinander gehen sollten.

Ich erinnere an der Stelle noch mal daran, dass wir in dieser wunderbaren Geschichte auch ein Präludium gehabt haben; das darf nicht ganz unvergessen bleiben. Das Präludium ist gewesen, dass wir auch als Hauptausschuss gemeinsam eine sehr lange Zeit eingefordert haben, dass die Bezirke einfach mal Zahlen aufliefern sollten. Ich glaube, wir wären ein Stückchen weiter, wenn alle Bezirke – einige haben es ja gemacht – ihre Datenbanken so gepflegt hätten, wie es hätte sein sollen und wie es erwartet worden ist. Dann hätten wir jetzt eine Situation, wo wir noch ein Stück weiter wären als wir es eh schon sind. Gleichwohl hat das dazu geführt, das wissen Sie auch noch, Herr Goiny, das war die Wahlperiode 2011 bis 2016, dass wir gesagt haben: Wir können nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten, wir müssen irgendwann mal mit dem anfangen, was wir uns politisch-gemeinschaftlich in welcher Konstellation auch immer vorgenommen haben.

Der zweite Punkt, der mir noch wichtig ist, betrifft die Frage der Bedarfsänderungen; Frau Meister und Frau Kollegin Brinker haben das angesprochen. Da rennen Sie bei uns auf jeden Fall offene Türen ein. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht: Wenn im laufenden Verfahren bestimmte Dinge ganz offensichtlich eigentlich auch vorher hätten erkannt werden können, dann haben wir eine Situation, die eben dazu führt, dass wir auch SenFin-technisch nicht mit Begeisterungsstürmen agieren. Ich glaube auch, dass regelmäßiges Umplanen von Maßnahmen nicht dazu dient, dass Dinge kostengünstiger werden oder schneller gehen, insofern gilt natürlich auch da der Grundsatz – da ist aber mein Eindruck, dass das im Großen und Ganzen auch bei den bauausführenden Stellen hier im Land Berlin mittlerweile angekommen ist –, dass an der Stelle das Wünsch-dir-was nicht Zielbild unseres Handelns sein sollte, sondern dass wir, wie Herr Zillich es eben gesagt hat, jetzt auf jeden Fall auf die dringend notwendigen Dinge setzen müssen. Alles, was zusätzlich möglich ist, muss dann in der Tat geprüft werden. Ich glaube aber, dass wir jetzt versuchen müssen, insbesondere auch den zeitlichen Horizont zu realisieren, der von uns verlangt wird.

Letzter Punkt, was die Frage der Breitbandkabel und der Anbindung betrifft: Ich würde vorschlagen, dass wir die Frage in den Bericht aufnehmen, wenn das in Ordnung wäre. Ich kann jetzt nicht mit 100-prozentiger Gewissheit sagen, ob in jeder Schule angedacht gewesen ist, dass da Breitbandkabel und Ähnliches dabei ist. Dazu müssen wir die Senatsfachverwaltung bzw. auch die Bezirke einfach noch mal fragen, ob das in jedem Fall tatsächlich realisiert wird. Daher ist mein Vorschlag, das in den Bericht aufzunehmen, wenn Sie nichts dagegen haben, weil wir uns mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, mit der Senatsverwaltung für Bildung, mit der HOWOGE und zwölf Bezirken auseinandersetzen müssen. – Ich schlage vor, dass wir das in der zweiten Sitzung im November aufliefern, Frau Vorsitzende. Das ist, glaube ich, der 25. November.

Vorsitzende Franziska Becker: 2. Dezember!

Staatssekretär Fréderic Verrycken (SenFin): Das ist noch schöner.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay! – Ich muss mich noch bei Herrn Otto entschuldigen. Ich hatte Sie übersehen; mein Blickfeld ist auch nur begrenzt. – Bitte schön!

Andreas Otto (GRÜNE): Ich wollte noch mal die zwei Fragen, die vorhin offengeblieben sind, Herr Staatssekretär, nennen. Sie können Sie auch gerne in den Bericht aufnehmen. Die erste Frage war: Hat sich der Senat von diesem Schultyp Compartmentschule, Berliner Lern- und Teamhaus verabschiedet, oder ist das nur in Einzelfällen nicht einzuhalten? Das ist ja ein sehr gradueller Unterschied. Das würden wir gerne wissen.

Die zweite Frage, die noch offen ist: Trifft es zu, dass bei den Sanierungsfällen, die ja insbesondere auch die HOWOGE bearbeiten soll, die großen Sanierungen, Modernisierungen und Erweiterungen in Zukunft aus Kostengründen wegfallen sollen? Das sind zwei finanzrelevante Fragen, zu denen ich gerne noch etwas Näheres wüsste.

Ansonsten, Frau Vorsitzende, hatte ich vorhin – Sie vergessen das bestimmt nicht – darum gebeten, dass wir den Bildungs- und den Bauausschuss um eine Stellungnahme ersuchen. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Das habe ich nicht vergessen, das kommt zum Schluss. – Herr Staatssekretär! Wollen Sie das jetzt noch mündlich beantworten oder in den Bericht einfügen?

Staatssekretär Fréderic Verrycken (SenFin): Ich glaube, gerade die erste Frage ist an der Stelle hochpolitisch und insofern ist es ganz wichtig, das hier noch mal klarzumachen. Ich hatte mich darauf gemeldet, und wenn jetzt meine Antwort nicht so klar gewesen ist, dann bitte ich an der Stelle um Verzeihung. Herr Zillich hatte sich, glaube ich, auch dazu geäußert. Nein, das Compartimentmodell gilt selbstverständlich. Das gilt. Gleichzeitig muss man aber auch gucken, dass das Compartimentmodell evaluiert wird. So haben wir jetzt beispielsweise bei Compartiment Holzbau eine etwas andere Situation als das bei den normalen Schulen der Fall ist. Das ist das, was die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung beispielsweise gerade auch erarbeitet hat oder erarbeitet, was das Thema Flächenauslastung, Flächenbilanz und Ähnliches betrifft. Ich muss sagen, ich bin ein sehr großer Fan davon, dass wir in diesem permanenten Evaluierungsprozess im Bereich Schulbau gucken, ob sich die Dinge so bewahrheitet haben, wie wir uns das gewünscht und vorgestellt haben, sowohl was die Frage der Wünsche aus der Bevölkerung, aus den Bezirken angeht als auch die Frage der finanziellen Realisierbarkeit und die Frage, was die Flächen betrifft. Dadurch, dass wir beispielsweise bei Compartiment II eine erheblich größere Fläche verbrauchen – dafür gibt es eine entsprechende bildungspolitische Begründung, die ich als Finanzpolitiker nicht bewerten mag –, haben wir die Situation, dass es zum einen teurer wird und das Compartiment-II-Modell zum anderen nicht auf jede der Flächen passen könnte, wo man sich ursprünglich vielleicht überlegt hat, dass es passt. Das ist das, was auch Herr Zillich gerade noch mal dargestellt hat, dass man sich das im Einzelfall angucken muss, inwieweit das Modell passgenau überall zum Ziel führen kann. Grundsätzlich gilt aber natürlich, dass das, was die Senatsverwaltung für Bildung federführend mit der Stadtentwicklungsverwaltung erarbeitet hat, weiterhin Bestand hat und wir uns das im weiteren Prozess angucken und dann einfach evaluieren sollten.

Ansonsten: Am Arbeitsauftrag der HOWOGE an sich hat sich eigentlich nicht weitgehend etwas verändert. Es ist nur in den letzten Jahren einfach vom Volumen her wahnsinnig viel dazugekommen, also, dass die entsprechend starke Schulter HOWOGE jetzt immer stärker belastet wird, führt dazu, dass wir heute mit dem entsprechenden Bericht oder der Vorlage

unter TOP 5 hier angekommen sind, insofern ist das vielleicht noch mal die Antwort auf die zweite Frage, die Sie gestellt haben.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Der Berichtsauftrag zum 2. Dezember ist festgehalten, darüber hinaus auch der Wunsch der Koalition: Der Bericht wird heute nicht zur Kenntnis genommen. Er wird noch mal an die Ausschüsse Bildung und Stadtentwicklung mit der Bitte um Stellungnahme überwiesen.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf:

Regierender Bürgermeister – 03

Punkt 7 A der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
„Beschädigt die SPD das Ansehen des
Rechnungshofs leichtfertig durch eine
undurchsichtige Personalpolitik?“
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[3141](#)

Haupt

Die antragstellende Fraktion bat um die Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters, Herrn Michael Müller, und der Präsidentin des Rechnungshofes, Frau Karin Klingen. Der Regierende Bürgermeister ist durch andere Termine gebunden und hat Herrn Staatssekretär, den Chef der Senatskanzlei Gaebler gebeten, ihn zu vertreten. Ich begrüße Frau Klingen, Präsidentin des Rechnungshofes!

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Besprechung, soweit es sich um konkrete Fragen zu einer Personaleinzelangelegenheit handelt, zum Schutz personenbezogener Daten nichtöffentlich durchgeführt werden muss. Weiter hat der Senat um vertrauliche Behandlung gebeten, soweit Fragen zu Personaleinzelangelegenheiten gestellt werden. Ich schlage deshalb vor, falls das gewünscht ist, in einem öffentlichen Teil der Sitzung allgemeine Fragen zur Haushalts- und Stellensystematik und zur Staatsorganisation zu stellen. Für die konkreten Fragen zur Personaleinzelangelegenheit schlage ich vor, dass der Ausschuss dann die Öffentlichkeit ausschließt. Können wir so verfahren? – Ich sehe Kopfnicken. Gibt es mögliche Fragen allgemeiner Art? – Herr Goiny, bitte schön!

Christian Goiny (CDU): Frau Vorsitzende! Selbstverständlich werden wir hier im Ausschuss keine Personaleinzelangelegenheiten erörtern und etwaige Fragen, die wir noch haben, die möglicherweise dann auch ins Detail gehen, wie werden wir zu diesem Vorgang noch schriftlich nachreichen. Aber wir finden schon, dass es aufgrund der Presseberichterstattung angemessen ist, dass wir uns grundsätzlich über die Personalwirtschaft im Senat unterhalten. Wir haben das natürlich auch bei der Senatskanzlei adressiert, weil es sich um einen Vorgang handelt, in den die Senatskanzlei zum einen involviert ist, und zum anderen haben wir das immer so verstanden, dass die Senatskanzlei auch zuständig ist für die ressortübergreifende Koordination der Politik des Senats. Ich erinnere mich noch an den Beginn der Wahlperiode. Da hat man ja mal eine Abteilung eingerichtet, die sich mit der Aufgabe „Besser Regieren“ beschäftigt hat. Ich glaube, damals war Frau Klingen auch die Abteilungsleiterin. Der heißt jetzt anders dieser Bereich in der Senatskanzlei. Ich weiß und verstehe auch, dass die Koalition an diese Idee nicht so gern erinnert werden möchte, weil man da nichts vorweisen kann. Im Übrigen geht es ja angesichts der Vielzahl der Vorgänge, die in der Presse geschildert werden, gar nicht mehr um Personaleinzelangelegenheiten, sondern es handelt sich schon um einen größeren Umfang, der uns zu grundsätzlichen Fragen motiviert, weswegen wir diesen Besprechungspunkt für heute beantragt haben.

Zum einen, das ist keine Personaleinzelangelegenheit, sondern es geht hier um die politische Führung, interessiert uns natürlich schon, und deswegen hätten wir das gern mit dem Regierenden Bürgermeister diskutiert, ob und in welcher Weise der Herr Staatssekretär Akmann eigentlich überhaupt in der Lage ist, Personalführung auszuüben, was ihn dazu befähigt, ob er möglicherweise einmal Schulungen und Weiterbildungen absolviert hat, um in der Lage zu sein, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit denen er zu tun hat, auch richtig umzugehen. Das betrifft ja offensichtlich nicht nur die Leitungsebene. Ich hatte gestern das Vergnügen, zusammen mit dem Kollegen Schlüsselburg und der Kollegin Jarasch bei der Gewerkschaft der Polizei eingeladen gewesen zu sein, und da beklagten Polizisten, dass der Herr Staatssekretär Akmann offenbar bis runter in einzelne Polizeiabschnitte –

Vorsitzende Franziska Becker: Bleiben Sie bitte öffentlich, Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Ja! – Es war eine öffentliche Veranstaltung gestern. Und ich habe keinen Namen genannt, außer den des Staatssekretärs. Staatssekretärsnamen sind, glaube ich, zulässig hier zu nennen. – da hat er bis hin zu der Frage der Verwendung von Kontaktbereichsbeamten in die Polizeiabschnitte hineinregiert. Deshalb stellen wir hier ganz grundsätzlich, Frau Vorsitzende, die Frage, welche Qualifikation zur Personalführung Herr Staatssekretär Akmann hat. Das würden wir auch ganz gern vom Regierenden Bürgermeister beantwortet haben.

Insgesamt ist der Vorgang für uns einer, bei dem sich die Frage stellt, wie wir in Zeiten, in denen wir gar nicht mehr knappe Kassen haben, wo man ordentliche Stellenwirtschaft machen kann, also wo wir in der Tat bei den letzten Haushaltsberatungen eine Vielzahl von Stellenhebungen, Stellenausstattungen und Ähnliches geschaffen haben, warum man hier solch ein Verfahren wählt, dass offensichtlich den Verdacht erweckt, dass hier etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen ist.

Wir haben uns im Rahmen der Haushaltsberatungen intensiv mit der Personalausstattung des Rechnungshofes beschäftigt. Wir haben das seinerzeit als CDU-Fraktion auch nachvollzogen, dass der Rechnungshof sich hier anders und neu aufstellen muss, weil wir sehr daran interessiert sind, dass die Rechte des Rechnungshofes gestärkt sind und gestärkt werden. Insofern ist jeder Verdacht, der entsteht, dass der Rechnungshof in seiner Unabhängigkeit tangiert wird, weil er nicht über Stellen verfügt, die er im eigenen Umfang finanziert hat, und die die Unabhängigkeit der Institution garantieren, schon etwas, was uns alarmiert, denn der Rechnungshof ist ein wichtiges Institut, um die Frage der Haushaltswirtschaft zu kontrollieren und zu überwachen. Da haben wir nach wie vor ein großes Vertrauen in den Rechnungshof. Aber wir wollen eben auch sichergestellt wissen, dass das auch so bleibt. Deswegen finden wir es vonseiten des Senats erklärungsbedürftig, warum hier in der Personalwirtschaft so ein Verfahren gewählt wird.

Die Frage, wie man vonseiten des Senats selbst mit Personalwirtschaft und Personal umgeht, ist eine andere Frage. Wir haben uns im Unterausschuss Personal in der Vergangenheit wiederholt mit der Frage beschäftigt, wie man Mitarbeiterqualifikation, -motivation und Weiterbildung macht. Natürlich geht es hier auch um die Förderung von auch leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und da haben wir natürlich auch ein Interesse daran. Per se ist es ja auch nicht schlimm, wenn jetzt ein Mitarbeiter ein bestimmtes Parteibuch hat, solange das Besetzungs- und Auswahlverfahren jeweils ordnungsgemäß und transparent ist. Auch hier ist

dieser Vorgang geeignet, entsprechende Zweifel zu wecken. Deswegen interessiert uns auch hier, wie das ganz grundsätzlich vom Senat gehandhabt wird. Da sehen wir eine koordinierende Aufgabe der Senatskanzlei ganz klar, sicherlich aber auch der Innenverwaltung. Deswegen würden wir zum einen dem Senat die Gelegenheit geben wollen, dazu hier öffentlich Stellung zu nehmen, aber wir werden das sicherlich auch noch einmal anhand von Fragen im Detail aufbereitet haben wollen.

Ganz zum Schluss freuen wir uns, dass die Rechnungshofpräsidentin unserer Bitte, hier heute zu erscheinen, nachgekommen ist, und wir möchten Ihr, wenn Sie das wünscht, die Gelegenheit geben, die Dinge aus Ihrer Sicht hier darzustellen, soweit Sie dazu hier in der Sitzung in der Lage ist. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank, Herr Goiny! – Vorweg, Sie haben die Möglichkeit, Fragen einzureichen. Ich schlage vor, auch wieder bis zu diesem Freitag, 14.00 Uhr.

Ich sehe jetzt keine weitere Wortmeldung. – Doch. Frau Dr. Brinker!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich mache es kurz. Die Rolle des Rechnungshofes ist für uns in der Tat eine sehr wichtige und entscheidende. Deswegen haben wir uns in den letzten Jahren hier immer dafür eingesetzt, dass es auch eine personelle Verstärkung des Rechnungshofes gibt, einfach weil sich die Aufgabenbereiche aus unserer Sicht erweitern sollten. Das ist aus unserer Sicht nach wie vor wichtig und richtig. In dieser Causa muss man es trennen, da gibt es eine politische Bewertung und es gibt eine haushälterische Bewertung. Ich hätte gern, wenn das möglich ist zum jetzigen Zeitpunkt, die haushälterische Bewertung gehört vonseiten der Senatskanzlei, aber durchaus auch vonseiten des Rechnungshofes, inwiefern denn solche, ich sage mal, personellen Schnittmengen zwischen Verwaltungen tatsächlich haushälterisch, rechtlich, gesetzlich abgedeckt sind. Wie das in diesem Fall passiert ist und ob das ein übliches Verfahren sein kann, soll, oder wie das in der Vergangenheit –, gibt es solche Fälle in der Vergangenheit, dass so etwas auch schon mal so gehandhabt worden ist? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. – Dann möchte ich Herrn Staatssekretär das Wort erteilen.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich vorwegschicken: Ich bin etwas überrascht, dass das Ganze unter dem Einzelplan 03 aufgerufen wird, weil das weder haushalts- noch stellenwirtschaftlich das irgendetwas mit dem Einzelplan 03 zu tun hat, was hier in den Medien an Vorgang aufgeworfen worden ist. Ich habe jetzt aus den Fragen herausgehört, dass Sie eine gewisse politische Verbindung sehen. Deshalb noch mal ganz klar: Haushaltsrechtlich, stellenwirtschaftlich ist die Senatskanzlei mit keinem dieser Vorgänge – Sie haben jetzt ja auch keinen konkret benannt, sondern indirekt –, befasst. Die Senatskanzlei hat auch keine Dienstaufsicht über einzelne Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, auch nicht die Personalverantwortung dafür. Die hat die zuständige Fachverwaltung. Wir haben eine Ressortprinzip. Insofern ist in diesem Fall die Innenverwaltung zu befragen. Für die Personalwirtschaft im Land Berlin zentral ist auch nicht die Senatskanzlei zuständig, sondern die Senatsverwaltung für Finanzen. Insofern kann ich Ihnen gern allgemein etwas dazu sagen, soweit wir überhaupt

befasst waren, aber mit den Details, die Sie als Hauptausschuss besonders interessieren, ist die Senatskanzlei weder befasst noch in irgendeiner Form zuständig.

Ansonsten kann ich Ihnen auch nur sagen, dass im Rahmen der Richtlinienkompetenz, die der Regierende Bürgermeister hat, es mitnichten irgendeine Vorgabe gibt, dass jetzt nach Parteibuch besetzt wird, sondern bei uns wird strikt danach besetzt, dass eben eine entsprechende Auswahl stattfindet beziehungsweise die Frage von Abordnungen, Versetzungen und Ähnlichem unterliegt ja etwas anderen Kriterien, dass dort aber streng nach den Vorgaben der Landeshaushaltssordnung und der entsprechenden gesetzlichen Vorgaben verfahren wird. Das sind die Erkenntnisse, die der Senatskanzlei zu diesen Vorgängen vorliegen. Konkrete, weitere Fragen müssten Sie noch mal genau formulieren, denn in dieser Allgemeinheit kann ich jetzt nichts zur Aufklärung beitragen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich möchte jetzt Frau Rechnungshofpräsidentin Klingen das Wort erteilen. – Bitte!

Karin Klingen (Rechnungshof; Präsidentin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte erst einmal klarstellen, dass weder der Senat noch das Abgeordnetenhaus für die Organisationsstruktur des Rechnungshofes zuständig sind. Der Rechnungshof ist eine unabhängige Behörde sui generis. Diese Fragen müssen Sie insofern an mich stellen, und ich beantworte die auch sehr gerne.

Es gibt eine öffentliche Berichterstattung mit einer Geschichte, die besagt, die Präsidentin des Rechnungshofes habe einen Versorgungsdienstposten geschaffen, bediene dabei Parteiinteressen, breche Haushaltsrecht und das sei auch noch ein Verstoß gegen das Rechnungshofgesetz. Diese Geschichte stimmt nicht, in keinem dieser Punkte. Ich würde Ihnen das gerne darstellen; ich freue mich auch über die Gelegenheit, Ihnen das hier darstellen zu können. Da sich aber die Einzelpersonalie und die Punkte mischen, bitte ich darum, die Vertraulichkeit herzustellen.

Vorsitzende Franziska Becker: Gut. Ich nehme nur noch kurz Herrn Goiny ran und wenn ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, würde ich danach die Öffentlichkeit ausschließen.

Christian Goiny (CDU): Ich hatte nur einen Punkt vergessen. – Vielen Dank dafür, dass wir das auch in nichtöffentlicher Sitzung diskutieren können. – Ich wollte um ein Wortprotokoll bitten.

Vorsitzende Franziska Becker: Wortprotokoll ist beantragt. – Dann bitte ich um Ausschluss der Öffentlichkeit.

[Weitere Protokollierung siehe nichtöffentliche Anlage zum Wortprotokoll.]